



**Berlin, 20. Februar 2020
Nr. 8/2020**

An die Medien
in Berlin, Brandenburg und Sachsen

Tarifrunde 2020: IG Metall beschließt Resolution zu den Forderungsthemen

Die Tarifkommissionen für die Metall- und Elektroindustrie in Berlin, Brandenburg und Sachsen haben eine Resolution beschlossen und damit die Verhandlungskommissionen beauftragt, die nachfolgenden Verhandlungsziele mit den Arbeitgeberverbänden VME und VSME zu erreichen:

- Angleichung der Arbeitszeiten mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche
- Vereinbarung eines Pakets für betriebliche Zukunftstarifverträge:
 - Einlassungszwang für Unternehmen bzw. Betriebe auf Verlangen der IG Metall auf betriebliche Tarifverhandlungen zu Investitionen, Qualifizierung, Standort- und Beschäftigungssicherung
 - Vereinbarung eines Zukunftsbildes für jeden Standort
- Bei Unterauslastung soll vorrangig eine Reduzierung des Arbeitsvolumens ohne Entgeltabsenkung erfolgen
- Alle Beschäftigten sollen Anspruch auf eine geförderte, berufliche Qualifizierung im Rahmen des Qualifizierungschancengesetzes erhalten.
- Erhöhung der Quoten für Altersteilzeit und andere Modelle des fließenden Übergangs entsprechend der demografischen Entwicklung
- Vereinbarung von tariflichen Regelungen zur Verbesserung der Ausbildung und für dual Studierende
- Einen Nachhaltigkeits-Bonus für IG Metall-Mitglieder als tarifdynamischer Festbetrag
- Eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen zur Sicherung der Realeinkommen und Stärkung der Kaufkraft
- Anpassung der Regeln zur Entgeltumwandlung und die Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung.

„Die Angleichung der Arbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche hat in unserem Bezirk höchste Priorität“, sagte Stefan Schaumburg, IG Metall Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen. „Gute und sichere Jobs stehen aber auch weit oben auf unserer Agenda. Die



Arbeitgeber sind in der Verantwortung, die Zukunft gemeinsam mit den Beschäftigten zu gestalten.“

Außerdem wurde die Kündigung der Entgelt-Tarifverträge beschlossen.

Die Metall- und Elektroindustrie im Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen steht vor großen Veränderungen. Die Anforderungen der Transformation mit neuen Schlüsseltechnologien, Wertschöpfungsketten, Produkten und Geschäftsmodellen führen dazu, dass sich die Unternehmen und Betriebe ganz wesentlich verändern. Vor diesem Hintergrund sprechen sich die Tarifkommissionen Berlin-Brandenburg-Sachsen für ein Gesamtverteilungsvolumen von 4 bis 5 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten aus.

Haben die Tarifparteien bis Anfang April keine belastbaren Ergebnisse erzielt, werden die Tarifkommissionen Berlin-Brandenburg-Sachsen zu den Themen Entgelt und Tarifliches Angleichungsgeld entsprechende Forderungen beschließen.

Die IG Metall will, dass die Veränderungen gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet werden. Gleichzeitig brauchen die Unternehmen die Innovationskraft der Beschäftigten und deren Veränderungsbereitschaft, um weiterhin im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Nach 30 Jahren der Wiedervereinigung ist auch eine Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen an den Westen überfällig. Die Menschen in den Betrieben wollen Sicherheit im Wandel und dies gelingt nur mit ihrer Einbindung und Beteiligung.

Die Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie 2020 muss auf diese Herausforderungen und Anliegen der Beschäftigten eine Antwort geben. Daher hat die IG Metall am 24. Januar 2020 den Arbeitgebern der Metall- und Elektroindustrie ein „Moratorium für einen fairen Wandel“ vorgeschlagen. Dies beinhaltet unsere Bereitschaft, beschleunigt zu einem Tarifergebnis zu kommen und verlangt von den Arbeitgebern, sich bereit zu erklären, während der Verhandlungsphase keine einseitigen Maßnahmen zu Lasten der Beschäftigten anzukündigen.

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat gestern seinen Verzicht auf die vereinbarte Frist am 3. März 2020 erklärt. Die IG Metall hätte ihre Forderungen etwa zu Gehältern oder Arbeitszeit bis dahin vorlegen müssen. Diese Frist ist jetzt auf den 21. April verschoben, wenige Tage vor Ablauf der Friedenspflicht am 28. April. Daher beschließen die Tarifkommissionen heute keine formalen Forderungen.

Für Rückfragen: Andrea Weingart, 0151 29 23 11 82